

*Torsten Bewernitz*

**SYNDIKALISMUS  
UND NEUE  
KLASSENPOLITIK**

**EINE STREITSCHRIFT**



# Syndikalismus und neue Klassenpolitik

## Eine Streitschrift

Torsten Bewernitz

Leseprobe aus:

Bewernitz, Torsten: *Syndikalismus und neue Klassenpolitik. Eine Streitschrift*. Berlin, Verlag Die Buchmacherei, 70 Seiten, 7 Euro. ISBN 978-3-9820783-1-1.

Bestellungen unter <http://diebuchmacherei.de/>

Klappentext:

**Dieser Text möchte einen provokanten Vorschlag machen: Er schlägt den Übergang der existierenden syndikalistischen Strukturen in eine neue Organisationsform vor, die die inhaltliche Militanz der syndikalistischen Organisationen beibehält, aber gleichzeitig einen praktischen, massenkompatiblen Organisationsansatz anwendet – der durchaus anspruchsvolle, nichtsdestotrotz aber erstens notwendige und zweitens realisierbare Plan ist die Errichtung eines Netzwerks militanter *Worker Centers* aus klassenbewussten, (anarcho-)syndikalistischen und linksgewerkschaftlichen bzw. kritisch-gewerkschaftlichen Gruppen, Organisationen, Projekten und Einzelpersonen. Ziel ist eine Massenbasis im Sinne syndikalistischer Theorie. Das erfordert Abstriche im Ideal und eine vermehrte Hinwendung zur (direkten) Aktion als Basis dafür, das Ideal einer grundlegend gesellschaftskritischen Gewerkschaftlichkeit erneut entwickeln und ansatzweise realisieren zu können.**

## 1. Einleitung

In der aktuellen Diskussion um eine „neue Klassenpolitik“ ist es merkwürdig still aus der syndikalistischen Ecke – von der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) und der Industrial Workers of the World (IWW)\* war bislang nur wenig zu hören, Holger Marcks’ „Skizze eines konstruktiven Sozialismus“ in der Onlinezeitung *Direkte Aktion* bildet die nahezu einzige Ausnahme. Das mag daran liegen, dass die meisten Aspekte der Debatte (basisdemokratischer Anspruch, geschlechts- und migrationspolitische Aspekte, Thematisierung der Prekarität, soziale Kämpfe jenseits des Lohnverhältnisses u.a.) im syndikalistischen Spektrum ein alter Hut und gängige Praxis sind – etwa in den Kämpfen um die Berliner „Mall of Shame“\* oder in der DeliverUnion-Kampagne.\* Darüber hinaus wird in der „neuen Klassenpolitik“ immer wieder die Geschichte der IWW herangezogen, wenn es darum geht, ein Vorbild für die Einbeziehung migrantischer Arbeiter\*innen in Gewerkschaften zu zitieren. Die Debatte um eine „neue Klassenpolitik“ bietet, wie Mag Wompele deutlich gemacht hat, kaum etwas Neues. Es wird letztlich um einen inklusiven Klassenbegriff gestritten, den vielleicht nur noch ein paar Überreste des orthodoxen „Marxismus“-Leninismus ablehnen. Fast völlig fehlen indes bislang die (schwierigeren) Fragen nach Organisation und Praxis. Deswegen verwundert das syndikalistische Schweigen umso mehr, bietet diese Debatte doch eine Steilvorlage, um für die eigenen Organisationen und deren klassenpolitische Praxis zu werben. Eine „neue Klassenpolitik“ sollte sich der Methoden des Syndikalismus bedienen – und sie tut dies auch bereits, ohne dies so zu benennen. Allerdings ist der Syndikalismus auch ein historisches Konzept, das durchaus einiger Anpassungen bedarf – und diese sind so fundamental, dass sie das syndikalistische Schweigen in der aktuellen Debatte vielleicht erklären.

Man muss, um dem folgenden Vorschlag etwas abgewinnen zu können, sicherlich die Interpretation der Verhältnisse teilen, die hier vorausgesetzt werden. Zu diesen Voraussetzungen gehört vor allem die Analyse eines Kapitalismus, der sich gerade selber

völlig ruiniert, ohne die Bedingungen für irgendetwas Positives zu hinterlassen, das ihm folgen könnte. Der Kapitalismus gebiert also nicht eine Gegenbewegung, die ihn überwinden könnte, sondern überwindet sich selber, so der Soziologe Wolfgang Streeck, ohne dass es noch ein nennenswertes „Dagegen“ gäbe. Bestandteil dieses Zustandes ist die globale Defensive linker und emanzipatorischer Entwürfe gegenüber den aktuellen Entwicklungen des rechten Spektrums zwischen Nationalismus, Autoritarismus und schlichtweg Menschenfeindlichkeit. Die Stoßrichtung dieser Entwürfe kann tatsächlich recht verschieden ausfallen: Wer die Welt in einer neuen Faschisierung begriffen und in vielen aktuellen oder absehbaren Regimen bereits einen sich ausdehnenden Prä- oder Protofaschismus (Vor- und Grundformen also) sieht, den drängt es eher zu einer „Einheitsfront“ als diejenigen, die im erfolgreichen Raumgreifen rechts-konservativer Denk- und Handlungsmuster ein kurzzeitiges und vorübergehendes Phänomen sehen, oder andere, die innerlich vielleicht schon jede Hoffnung auf Widerstand aufgegeben haben und beginnen, sich auf Landkommunen zu verstecken. Eine solche defensive Situation gebietet relativ breite Bündnisse, die nicht bis ins letzte Detail auf- und miteinander abgestimmt denken und handeln müssen (das wäre im Gegenteil sogar kontraproduktiv), aber doch einer gemeinsamen Strategie bedürfen. Und diese Betrachtungen des aktuellen gesellschaftlichen Wandels sind für unser Erkenntnisinteresse noch einmal auf Gewerkschaften zu fokussieren: Verstehen wir diese als erneuerbar, ja sogar aufstrebend, oder befinden sie sich in einer tiefen Krise, aus der sie vielleicht nie wieder herauskommen? Brauchen wir also eine Organisationsform, die Gewerkschaften ergänzt oder sogar tendenziell ersetzt? Gerade diese Frage betrifft den Syndikalismus zutiefst, denn letztlich ist er ja nur die aus der Praxis geborene Theorie, dass es eben die Gewerkschaften – und nur die Gewerkschaften – sind, die eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung konsequent vorantreiben können. Falls diese Triebkraft der Revolution sich selber überlebt hat, ist der Syndikalismus so nicht mehr tragbar bzw. braucht eine ganz neue, wiederum aus der Praxis entstehende, theoretische Basis. Das heißt dann letztlich auch, wenn es eine Krise der Gewerkschaften gibt: Umfasst diese Krise den Syndikalismus und welche Schlüsse ziehen wir daraus?

Und zu guter Letzt: Wie interpretieren wir das neu erwachte Interesse der Linken an der Arbeiterklasse? Ist das nur eine Modeerscheinung oder eine langfristige Entwicklung? Wie ernst ist dieses Interesse gemeint? Und vor allem: Wird die Arbeiterklasse nur als Objekt der Analyse wiederentdeckt oder auch als Subjekt der Organisierung? Eine solche Organisierung nämlich könnte die eben beschriebene Misere der globalen Defensive vielleicht etwas mindern.

[...]

### **3. Syndikalistische Gewerkschaftskonzeption(en)**

Die Wahrnehmung von Kleingewerkschaften wie IWW und FAU sowie einigen anderen lokalen Initiativen, der internationale Austausch mit Basisgewerkschaften aus der syndikalistischen Tradition wie auch darüber hinaus (Sud Solidaires\* in Frankreich, SI Cobas\* in Italien, SAT\* in Spanien) und die Diskussion um das Tarifeinheitsgesetz in den vergangenen Jahren (einhergehend oft mit einer Solidarisierung vor allem mit der GDL\*) und nicht zuletzt der Begriff „Anarchosyndikalismus“ lassen vermuten, dass die syndikalistischen Organisationen für politische Richtungsgewerkschaften eintreten. Diese Wahrnehmung teilen viele Mitglieder von FAU und IWW und sie bestimmt erst recht die Außenansicht auf den syndikalistischen Ansatz.

Historisch und theoretisch steht der Syndikalismus aber für eine klassenkämpferische Einheitsgewerkschaft und nicht für Richtungsgewerkschaften. Selbstverständlich verteidigen Syndikalist\*innen die Vereinigungsfreiheit, das ideale Ziel ist aber nicht eine Vielzahl von konkurrierenden Einzelgewerkschaften, die „das Geschäft beleben“, sondern die „one big union“\*, die eine große Gewerkschaft. Die Parole der französischen CGT\* „Der Syndikalismus genügt sich selbst“, die den Geist der Charta von Amiens\* ausdrücken sollte, besagt vor allem: Der Syndikalismus – also die Gewerkschaftsidee – besteht unabhängig der politischen Richtungen, wobei seinerzeit natürlich die verschiedenen klassenkämpferischen Richtungen gemeint waren. Historisch sind, so zeichnen van der Linden und Thorpe nach, fast alle anarchosyndikalistischen Gewerkschaften aus allgemeinen großen Einheitsgewerkschaften entstanden, wenn diese sich radikalisiert haben.

Es ist fast ein Treppenwitz der Geschichte, dass der Syndikalismus in Deutschland einen anderen Weg gewählt hat: Fast gleichzeitig mit der französischen Charta von Amiens entstand 1906 in Deutschland auf dem Parteitag der SPD das sogenannte „Mannheimer Abkommen“\* – die Kompromissregelung zur Massenstreikdebatte, die die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Vorläuferorganisation von ADGB\* und DGB als unabhängige und autonom entscheidende „Säule der Arbeiterbewegung“ (neben Partei und Genossenschaften) anerkannte – aber eben nur diese und nicht die christlichen oder die lokalistischen Gewerkschaften. Den lokalistischen Gewerkschaften, die zu dieser Zeit die FVdG\* (Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften) und ab 1919 dann die anarchosyndikalistische FAUD\* bilden sollten, fiel letztlich ihre Treue zur SPD auf die Füße: Eine Gewerkschaft sollte für sie sozialdemokratisch – soll heißen: sozialistisch – sein. Während also die französischen Arbeiterbörsen\* politische Unabhängigkeit reklamierten, beharrten die Lokalist\*innen auf Parteinähe – dass sie gleichzeitig einen linken Flügel der Partei bildeten und durchaus die Nähe zum Anarchismus suchten, führte dann 1907 in Stuttgart zum Ausschluss der Lokalist\*innen aus der SPD. Während also international die (anarcho)syndikalistischen Gewerkschaften aus einer Radikalisierung großer Gewerkschaftsverbände entstanden, entstand der Anarchosyndikalismus in Deutschland als richtungsgewerkschaftliche Abspaltung. Offenbar hängt diese Geschichte dem deutschen Anarchosyndikalismus noch heute nach – irgendwie möchte man Richtungsgewerkschaft sein, aber irgendwie auch nicht. Auch das Verhältnis zur Sozialdemokratie scheint bis heute oft davon geprägt, dass man deren ungewünschtes Kind ist.

Dass der Syndikalismus für das Prinzip der Einheitsgewerkschaft ist, ist nur logisch: Der Gewerkschaftsgedanke an sich ist die Bündelung der Macht der Arbeiter\*innen. Je größer und einiger eine Organisation von Arbeiter\*innen ist, desto eher kann sie sich gegen das Kapital durchsetzen. Das steckt letztlich auch hinter der Konzeption des DGB und nicht, wie mythenhaft verklärend immer gerne behauptet wird, die „Lehre“ aus dem Nationalsozialismus.

Wer ernsthaft Kleingewerkschaften als Lösung für klassenbasierte Problemstellungen vorschlägt, kann es gleich bleiben lassen. Die Grundidee des (revolutionären oder Anarcho-)Syndikalismus ist es gerade nicht, sich als Anarchist\*in oder Anarchosyndikalist\*in zu organisieren, sondern als Arbeiter\*in. IWW, FAU und andere haben als Gewerkschaften insofern nur ein Existenzrecht, wenn sie Massenorganisationen werden wollen und können. Dieser (potenzielle) Werdegang ist aber nicht unter allen Umständen die Grundbedingung, um eine schlagkräftige proletarische Organisation zu werden – eine Analyse der eigenen Schwächen kann eben auch zu alternativen Strategien jenseits eines Selbstverständnisses als Gewerkschaft führen.

Das syndikalistische Gewerkschaftsmodell klammert im Wesentlichen eine Seite der heute gültigen Gewerkschaftlichkeit aus. Gewerkschaftlichkeit habe heute zwei Seiten, so der Arbeitskreis Strategic Unionism\*: „Basis- und Bewegungsorientierung auf der einen sowie institutionelle Interessenvertretung auf der anderen Seite“. Wenn es dem heutigen Syndikalismus um den zweiten Aspekt kaum geht, warum soll es dann ein notwendiger Bestandteil sein, die eigene Organisation als Gewerkschaft zu verstehen?

Wir müssen endlich einsehen, dass der Syndikalismus, der revolutionäre Syndikalismus und der Anarchosyndikalismus, wie wir ihn kennen und benennen, ein historisches Phänomen ist, das so, wie es in der Vergangenheit konzipiert war, zumindest in Deutschland und im deutschen Gewerkschaftssystem keine Erfolgchancen mehr hat. Wenn wir auf seinen – durchaus richtigen und oft nach wie vor aktuellen – Erkenntnissen beharren, ohne die Klassenrealität zur Kenntnis zu nehmen, erstarrt er zur Ideologie und ist für eine entscheidende Mehrheit (oder noch nicht einmal für eine große Minderheit) der Arbeiter\*innen nicht attraktiv.

Das Entscheidende an allen syndikalistischen Bewegungen und Projekten aber ist: Auf die Selbsttätigkeit der Arbeitenden zu bauen. Die politische Unabhängigkeit der „Partei der Arbeit“ (wie die syndikalistische CGT in Frankreich sich selber nannte) gegenüber der politischen Landschaft muss heute auch eine Unabhängigkeit von bestimmten Revolutionsverständnissen, einem Anarchismus (vor allem einigen neoanarchistischen Verirrungen) oder einer historischen Tradition bedeuten.

Syndikalismus ist eine „Philosophie der Tat“, wie der Historiker Frederick Fernand Ridley in seiner Untersuchung des französischen Syndikalismus schrieb. Wenn wir das ernst nehmen, dann können wir uns nicht auf Geschichte oder Theorien berufen, sondern einzig und allein auf die (kollektive) Tat – der Syndikalismus ist immer das, was die Arbeiter\*innen tun, wenn sie aktiv sind, um den Kapitalismus zu überwinden (sei es ein für alle Mal oder sei es, um sich kurzfristig Freiräume zu erkämpfen). Wenn wir den Syndikalismus so definieren, dann sind wir immer noch eine Minderheit – aber eine viel stärkere! Wir werden neue und überraschende Bündnispartner\*innen finden, die letztlich dasselbe wollen wie wir. Wir müssen diese gemeinsamen Interessen nur erkennen, um eine neue proletarische Kraft zu entwickeln.

[...]

#### **4. Arbeiter\*innen-Organisation oder Gewerkschaft?**

[...]

Was wir also für eine praktische Klassenpolitik brauchen, ist eine Organisationsform, die all dies berücksichtigt, eine Organisation, die bewusst eine – starke - Minderheit der Arbeitenden organisiert, sich daher nicht als Gewerkschaft versteht, mit dieser nicht konkurriert, aber durchaus über sie hinausgeht, indem sie Kämpfe radikaler und auf breiterer Basis führt. Geschichte und Praxis der Arbeiterbewegung halten dafür zahlreiche Konzepte zur Verfügung: Arbeiterräte, Betriebskomitees, das „Umherschweifen“ der Situationist\*innen\* sowie Formen von Selbstaktivierung als Erfahrungsaustausch, militanter Befragung und Organizing. Konkret möchte ich als Organisationsform eine Vernetzung von *Worker Centers* vorschlagen, wie man sie der US-amerikanischen Arbeiterbewegung anschauen kann – wobei ich mir bewusst bin, dass das in erster Linie nur ein Name ist: Erstens wird der englische Begriff vielleicht auch nicht besser verstanden als andere Alternativen, und zweitens gab es durchaus schon entsprechende lokale Versuche, die entweder daran scheiterten, auch nur ein

Netzwerk linksradikaler Grüppchen zu sein oder aber auf reine, arbeitsintensive Dienstleistungsbüros reduziert zu werden. Als Vorteile von Worker Centers können wir in der aktuellen Situation festhalten: Erstens agieren Worker Centers ähnlich wie momentan FAU und IWW im prekären Bereich. Zweitens sind sie geeignet, migrantische und geschlechtliche Themen zu integrieren. Drittens kommt ihr Konzept einem der aktuellen praktischen Schwerpunkte der neuen Klassenpolitik entgegen, nämlich der Stadtteilarbeit; Worker Center können über Mieten und Wohnverhältnisse, Rechtsberatung und Kultur, Erwerbslosenberatung usw. nachdenken. Viertens können Worker Center als reale Räume hoffentlich den sozialen Ort ersetzen, den das Beschäftigungsverhältnis heute oft nicht mehr bietet und der auch kaum noch durch Arbeiterkneipen präsent ist.

Um in wesentlich höherem Maße handlungsfähig zu werden, brauchen wir ein pragmatischeres und flexibleres Verhältnis zu den Gewerkschaften des DGB wie auch zum bewegungsorientierten Flügel der Linkspartei, also dem Flügel, der auf langfristiges Community Organizing setzt statt auf kurzfristigen Linkspopulismus. Selbstverständlich kann es nicht darum gehen, sich einfach einer dieser Organisationen anzuschließen oder die bislang geübte Kritik zu unterschlagen. Aber viele gewerkschaftliche Kämpfe wären im Bündnis mit den Strukturen des DGB besser oder einfacher zu schlagen – und auch im Bündnis mit linken Parlamentarier\*innen, Stiftungen, manchmal sogar mit dem Staat. Ich wüsste nicht, was dagegenspricht, das Infrastruktur, Wissen, Zeitressourcen und auch Geld all dieser Organisationen für die Sache mit- und anzunehmen – auch der Versuch, derart Strukturen aufzubauen, kann ein Aspekt von Selbstverwaltung und -organisation sein, es schult auch für die radikaleren Aktionen. Fernab der Illusion, dass der DGB sich verändern ließe, vor allem nicht die hauptamtlichen, hierarchischen Strukturen, müssen wir nach 40 Jahren ebenso einsehen, dass der Aufbau einer oder mehrerer revolutionärer Parallelgewerkschaften nicht weniger illusorisch ist.

Aber: Mit einer neu zu gewinnenden Handlungsmacht lassen sich vielleicht auch DGB-Strukturen unter Zugzwang setzen. Wir dürfen keineswegs soweit gehen, uns finanziell oder strukturell an den DGB oder seine Gewerkschaften zu binden! Lokale Autonomie bedeutet aber auch Finanzautonomie, so ist es zum Beispiel unproblematisch, wenn wir für unsere Rechte aktiv werden, aber die juristische Seite (Rechtsberatung und ähnliches) völlig dem DGB überlassen – was in der Praxis vielleicht nur informell möglich sein wird und nicht in Form einer institutionalisierten Zusammenarbeit. Das bedeutet auch, die Gewerkschaften manchmal davon zu überzeugen, Rechtsschutz auch ohne vorherige dreimonatige Mitgliedschaft zu gewähren, und das bedeutet sicherlich auch, begleitend tätig zu sein, damit die Strategie in bearbeiteten Konflikten keine rein formaljuristische, sondern eine politisierte bleibt. In jedem Fall sollten die Gewerkschaften des DGB, wie Christian Frings schreibt, als formaljuristischer Rahmen genutzt werden. Der entscheidende Punkt ist hier, sich auf einige Kernkompetenzen zu konzentrieren und nicht zu glauben, dass man „alles selber machen“ kann oder muss. Von der „Autonomie“ müssen wir uns als Illusion verabschieden, tatsächlich sind wir nie autonom, sondern voneinander und dem Gesamtzusammenhang abhängig. Und das ist gut so, erst das macht uns gesellschaftlich relevant und zur Gemeinschaft fähig.

Wenn wir uns nicht als Gewerkschaft, sondern als solidarische und kämpferische Worker Centers verstehen, hebeln wir die Konkurrenzsituation „Gewerkschaft gegen Gewerkschaft“ aus – wir gehen aber keine Kompromisse in unserer Radikalität ein! Wie die Gewerkschaften im DGB sich dann verhalten, ist eine andere Frage. Wenn sie trotzdem nicht kooperieren wollen, dann eben nicht. Aber das wird erstens lokal sehr unterschiedlich sein und zweitens werden sie, wenn starke Worker Centers Arbeitskämpfe führen, oft nicht anders können, als

sich anzuschließen, und sei es nur, um Gesicht zu wahren. Und selbst wenn nicht: Mit dem Konzept ist uns die Sympathie vieler Mitglieder an der Basis sicher, die kleine Richtungsgewerkschaften bisher als „Spalter“ betrachtet haben. Diese Mitglieder bauen Druck auf, sowohl auf die Gewerkschaften in dem Sinne, dass sie Unterstützung einfordern, und als in Worker Centers Aktive bauen sie auch Druck bei konkreten Aktionen oder Kampagnen auf.

[...]

## 5. Die Basis des neuen Syndikalismus

[...]

Seit einigen Jahren gibt es zahlreiche Initiativen, die sich syndikalistischen Ideen der Selbstorganisation annähern: In Hamburg hat die Gruppe Zweiter Mai<sup>★</sup> begonnen, nach dem Vorbild der IWW mit „Wilhelmsburg Solidarisch“<sup>★★</sup> (Hamburg) sehr erfolgreich ein solidarisches Netzwerk<sup>★</sup> aufzubauen und gemeinsam mit der IWW die Arbeitsmaterialien dazu aus dem Englischen übersetzt; gleichzeitig nehmen sie Kontakt zu Syndikaten der FAU auf. Weitere Initiativen wie „Solidarisches Gallus“<sup>★★</sup> (Frankfurt am Main), „Solidarisch in Gröpelingen“<sup>★★</sup> (Bremen) und andere haben dieses Konzept aufgegriffen. Das Bremer „kollektiv“<sup>★★</sup> hat 2016 mit seinen „11 Thesen über Kritik linksradikaler Politik, Organisation und revolutionäre Praxis“ Vorschläge für eine neue Organisation vorgelegt, die Frankfurter „Antifa Kritik und Klassenkampf“ (akk)<sup>★</sup> hat 2015 mit dem ausführlichen Text „Der kommende Aufprall“ einen ähnlichen Entwurf vorgelegt, der sich am Syndikalismus und der Praxis des „Sozialistischen Büros“<sup>★★</sup> orientiert. John Mallory und Juan Miranda veröffentlichten im gleichen Jahr im *Lower Class Magazine*<sup>★</sup> (LCM) den Beitrag „Wie die Welt verändern?“. Die Redaktion des LCM hat mittlerweile einen diesem Papier nicht unähnlichen Vorschlag zu einem „Kongress der Kommunen“ unterbreitet.

Anschließend an die Ausführungen der akk ließe sich eine weitere Organisationsform ins Spiel bringen: Eine Koordination von Worker Centers könnte ähnlich dem Buko Internationalismus<sup>★</sup> funktionieren als lockerer Zusammenschluss von Organisationen, die zu dem Thema Arbeit, Armut, Kapital praktisch aktiv sind und kämpfen. Ein jährlicher öffentlicher Kongress im Stil der BuKo-Kongresse könnte zusätzlichen Drive geben. Als regelmäßige Austauschplattform der beteiligten Gruppen ließen sich ferner die Streikkonferenzen der Rosa Luxemburg Stiftung nutzen. Worker Centers hätten nicht nur die Aufgabe, Arbeitskämpfe aufzugreifen, zu unterstützen, aber im Zweifelsfall auch selber zu führen, sondern auch eine gemeinsame Kultur zu etablieren und eine inhaltliche Nachhaltigkeit der geführten Kämpfe zu gewährleisten, das heißt sie zu dokumentieren, zu interpretieren und den Austausch darüber zu organisieren. Daraus müsste eine entsprechende Bildungsarbeit kreiert werden. Dieser Austausch und diese Bildungsarbeit wären wesentliche Aufgaben einer solchen Vernetzung.

Alle diese Entwürfe – von „Wilhelmsburg Solidarisch“ bis hin zu den Worker Centers – weisen starke Gemeinsamkeiten auf, die den Traditionen des Syndikalismus entstammen oder sich dieser Tradition angenähert haben: Sie setzen auf einen konkreten Klassenbezug und die Selbstorganisation der Arbeitenden statt auf eine linksradikale Szene-Subkultur ersetzen. Dieser erstaunlichen Produktion von Konzeptpapieren für eine Erneuerung der radikalen Linken müssen Taten folgen, bevor weitere Gruppen (oder Einzelpersonen wie ich) dieselben Thesen erneut in Positionspapieren formulieren, bis sie keine\*r mehr lesen will. Nicht zuletzt kommt es jetzt auch auf die Probe an, wie ernst die Annäherung an die arbeitende Klasse

durch die linksradikalen Gruppen gemeint ist. Die bestehenden syndikalistischen Gewerkschaften haben da sicherlich Einiges zu bieten.

Ferner gibt es in jüngerer Zeit einige Gewerkschaftsgründungen im Sinne des Syndikalismus: Das sind vor allem die Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) <sup>★</sup> sowie die Frankfurter Hochschulgewerkschaft unter\_bau<sup>★</sup>, dazu gehören aber auch weitere Mittel- und Unterbau-Initiativen an verschiedenen Hochschulen. Auch Forschungsinitiativen, die im Sinne dieses Vorschlags handeln, also nicht nur beobachtend, sondern teilnehmend forschen, passen in das Konzept, wie etwa der Arbeitskreis „Arbeitskämpfe“ in der AkG (Assoziation kritische Gesellschaftsforschung) <sup>★</sup>.

Hinzu kommt ein syndikalismusfreundliches Umfeld im linksgewerkschaftlichen Spektrum mit Organisationen, Initiativen und Publikationen wie TIE global<sup>★</sup>, *express*<sup>★</sup>, LabourNet<sup>★</sup>, die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken<sup>★</sup>, OKG (Organisieren – Kämpfen – Gewinnen)<sup>★</sup>, Lernen im Kampf<sup>★</sup>, aktion ./ arbeidsunrecht<sup>★</sup>, neue, teilweise transnationale Streik-Soli-Kreise (wie im Fall Amazon), regionale gewerkschaftliche Zukunftsforen oder jour fixes (Berlin, Hamburg, Hannover, Mannheim, Stuttgart), Zeitschriften wie *wildcat*<sup>★</sup>, *Kosmoprolet*<sup>★</sup> und das *Lower Class Magazine*<sup>★</sup> und lokale Projekte mit spezifischem Klassenbezug wie etwa die Proletarische Autonomie<sup>★</sup> (Magdeburg), Organisierte Autonomie<sup>★</sup> (Nürnberg) oder die Amici della conricerca<sup>★</sup> (Leipzig). Letztlich ließen sich theoretisch auch frühere Abspaltungen der syndikalistischen Organisationen bei entsprechendem Interesse in ein großes klassenkämpferisches Projekt integrieren. Und nicht zu vergessen sind die bestehenden Erwerbsloseninitiativen bzw. die ehrenamtlichen Beratungsstellen, die sich gegen die Zumutungen von Hartz IV wenden.

Des Weiteren kommen die neuen migrantischen Organisationen sowohl von Flüchtlingen wie auch von Arbeitsmigrant\*innen aus dem krisengeschüttelten Süd- und Südosteuropa (wie Marea Granate<sup>★</sup>, Grupo de Acción Sindical, Berlin Migrant Strikers<sup>★</sup>, critical workers<sup>★</sup>) in Frage, die an der Transnational Social Strike-Plattform<sup>★</sup> beteiligten Gruppen und Organisationen sowie möglicherweise die Reste der Euro-MayDay<sup>★</sup>-Bewegung als gewerkschaftsähnlichem Organisationsversuch der prekär Beschäftigten. Mit der endlich auch in Deutschland aufkommenden Debatte um eine Repolitisierung des 8. März als transnationalem Frauen\*streik<sup>★</sup>-Tag finden wir auch hier ein immens wichtiges Organisationspotenzial in der wachsenden Überzeugung, dass Feminismus grundsätzlich immer auch Klassenkampf ist.

Die aufgezählten Initiativen und Organisationen sind die bereits bestehende aktivistische Basis eines neuen Syndikalismus. Eine Vernetzung all dieser Gruppen, zumal da, wo es sich um Basis-Initiativen handelt, wäre wesentlich föderalistischer und syndikalistischer als die FAU und die IWW in ihrem aktuellen Zustand. Ich bin optimistisch, dass eine solche Föderation direkte Aktionen realisieren könnte, statt sie nur zu schreiben und zu propagieren. Gemeinsam würden wir unsere Macht vervielfachen!

Die Frage, inwiefern jene Organisationen und Gruppen, die aktuell eine „neue“ Klassenpolitik diskutieren, diesen Ansatz wirklich ernst meinen, ist eine Kernfrage, mit der dieses Konzept der Worker Centers steht und fällt. Denn es ist nicht damit getan, erneut über die Klassenfrage zu theoretisieren, auch wenn dies ein entscheidender Fortschritt in den Debatten der Linken ist – oder vielleicht auch nur die Rückbesinnung auf eine Kernfrage der Linken, die linksradikale Minderheiten (zu denen der Syndikalismus zählt) nie aus den Augen verloren



haben. Vielmehr sind zwei Punkte entscheidend: Erstens, den Sprung von der Theorie in die Praxis zu wagen, und das heißt vor allem, sich ins Getümmel zu stürzen, in den Alltag und in die Betriebe, aber auch in Stadtteile und das Feld der (unbezahlten) Reproduktionsarbeit. In der Tat würde sich – wie Kritiker\*innen des hier vorgetragenen Konzepts bereits angemerkt haben – nicht viel oder auch gar nichts ändern, wenn sich klassentheoretische Gruppen zum Austausch treffen und über ihre bisherigen Infoläden jetzt den Begriff „Worker Center“ pinseln würden – nein, viele, wenn nicht alle dieser Gruppen müssten ihre bisherige Praxis völlig verändern: Abendveranstaltungen, Büchertische, Plakate und Aufkleber helfen gerade einmal bei der Selbstverständigung, aber nicht, um eine relevante gesellschaftliche Kraft zu werden. Ganz grundsätzlich müssen sich Gruppen, die eine neue Klassenpraxis anstreben, als Organizer\*innen verstehen oder es muss in ihnen zumindest zwei bis drei Personen geben, die Organizing praktisch anwenden und innerhalb der Gruppen vorantreiben. Damit soll nicht gemeint sein, dass Linksradikale nun (wie nach 1968) in die Betriebe gehen und die Arbeitenden für ihre Organisation zu gewinnen suchen. Vielmehr muss Organisations- oder Mobilisierungsarbeit vor allem für die eigenen Interessen als Arbeitende getan werden. Aber selbst diesbezüglich scheint das Interesse weiter Teile einer (Klassen-)Linken oftmals ein rein theoretisches zu sein...

Die eigenen Interessen sind der zweite wesentliche Punkt, der in diesen Gruppen relevant werden muss: Immer noch betrachtet ein Großteil der radikalen Linken, auch wenn sie sich teilweise wieder als „Klassenlinke“ begreift, die Arbeiterklasse als etwas ihnen Äußeres. Exakt dieser Punkt lässt viele Arbeitende selbstverständlich misstrauisch werden, und das auch durchaus zu recht: „Warum machen die das? Was haben die davon?“, sind berechtigte Fragen, die sich den „Objekten“ eines Organisationsprozesses von außen oft stellt. Wenn sich herausstellt, dass die Akteur\*innen sich selber gar nicht als Teil der Arbeiterklasse fühlen, diese aber für ein politisches Ziel benötigen (sei es, rechten Tendenzen in der Arbeiterschaft etwas entgegenzusetzen, einfach „mehr“ zu werden oder das Fußvolk der Revolution um sich zu scharen, weil man selber nicht streiken könne), dürfen sich die angesprochenen Arbeiter\*innen erstens missverstanden und zweitens ausgenutzt fühlen. Deswegen sollte man sich auch selber durchaus die Frage stellen „Warum mache ich/ machen wir das? Was habe ich/ haben wir davon?“ Kurz: Es geht darum, die eigene Positionierung im Klassenkampf zu erkennen und die eigene proletarische Position.<sup>1</sup> Es ginge also um Engagement im eigenen Betrieb, im eigenen Arbeitsumfeld und im eigenen Alltag. Gerade weil die aktuelle Linke sehr akademisch geprägt ist, fällt daher den Mittel- und Unterbau-Initiativen an den Hochschulen eine zentrale Stellung zu: Diese sorgen sich um sich selbst, ihre Initiativen sind aber verallgemeinerbar. Eine neu zu schaffende Arbeiterbewegung darf weder von außen revolutionäre Erwartungen in ein Kollektiv setzen, zu dem sich die Initiator\*innen selber gar nicht zählen, noch dürfen die Initiator\*innen sich einfach von außen um „das Proletariat“ sorgen, dann wäre es eine reine Benefiz-Veranstaltung, die wir getrost den Kirchen überlassen können (wobei kirchliche oder religiöse Gruppen durchaus wertvolle Bündnispartner sein können und müssen). Revolutionäre Heilserwartungen und karitative Hilfsangebote wären – um ein Stichwort aus der Debatte um die „neue Klassenpolitik“ aufzunehmen – Formen von falsch verstandener Identitätspolitik. Wenn wir also die Gruppen, die zumindest ihrer ausdrücklichen Absicht nach eine neue Klassenlinke formieren wollen, als eine Basis des neuen Syndikalismus benennen, dann darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese sich radikal wandeln müssen: Von Affinitäts- und Freundeskreisen zu Interessenorganisationen, von Theorie- zu Praxisgruppen, von Veranstalter\*innen zu Organizer\*innen.

---

<sup>1</sup> Ich meine keine inhaltliche Position, sondern die Reflektion der eigenen Position im kapitalistischen Produktions-, Reproduktions- und Akkumulierungsprozess. Dabei ist nicht zu vergessen, dass sich diese auch verändern kann.

Neben der Frage, wer ideologisch bereit ist, ein solches Projekt zu initiieren, stellt sich eine zweite Frage: Wer sind die Arbeiter\*innen, mit denen wir kämpfen wollen oder können? Unsere Zeitdiagnose stellt uns da vor ein gewisses Dilemma: Der Syndikalismus basiert darauf, dass Arbeiter\*innen durch ihre Rolle als Arbeitskraftverkäufer\*innen eine gewisse Macht im Kapitalismus haben, sobald sie kollektiv handeln. Diese Macht ist aber in der Arbeiterklasse nicht gleich verteilt: Gut qualifizierte, spezialisierte und entsprechend auch gut entlohnte Arbeiter\*innen (Angestellte gehören dazu), die auch vielfach stärker für ihre Interessen organisiert sind, haben in der Regel durch das Zusammenspiel dieser Faktoren eine recht hohe Arbeitermacht – sie sind in gewissem Sinne eine „Arbeiteraristokratie“ oder auch ein wesentlicher Bestandteil der berüchtigten „Mittelschicht“. Dieser Teil des Proletariats ist zwar relativ mächtig, aber nur wenig an Veränderungen interessiert. Vielmehr ist dies der Teil der Arbeiterklasse, der ein Interesse daran hat, die Verhältnisse zu konservieren und daher auch zu rechten Lösungen neigt, um den aktuellen Lebensstandard zu halten – was nicht bedeutet, dass diese skizzenhafte Analyse für alle Klassenindividuen gilt, zumal jüngste Wahlanalysen ein stärkeres Gewicht auf rechtes Wahlverhalten der unteren Klassensegmente gelegt haben. Obwohl wir also die hier liegende Macht eigentlich brauchen, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, sind diese Schichten und Milieus der Arbeiterklasse für Basisaktivist\*innen schwer erreichbar.

Die aktuelle Praxis und Mitgliederstruktur der syndikalistischen wie auch der meisten anderen genannten Organisationen der Klassenlinken ist auf prekäre Arbeitsverhältnisse ausgerichtet – und das ist auch sinnvoll. Denn erstens finden wir im prekären Segment des Proletariats diejenigen, die objektiv ein Interesse an Veränderung haben (müssten) und zweitens ist diese Schicht der Arbeiterklasse zwar wenig mächtig, aber keineswegs so ohnmächtig, wie die ihr Zugehörigen es individuell oft glauben. Einzelne Segmente der prekären Beschäftigung (Kommunikation, Transport, Logistik) sind hochgradig angreifbar und die Ohnmacht resultiert eher aus fehlender Organisation bzw. Organisationstradition. Dem prekären Segment der Arbeiterklasse fehlt die Erfahrung ihrer Macht. Genau hier müssten radikale Worker Center ansetzen.

Das prekäre Segment zu organisieren, ist auch deshalb Gebot der Stunde, weil dieses bislang relativ gering organisiert, dem Klischee zufolge sogar „unorganisierbar“ ist, sich von den Gewerkschaften oft (und oft zurecht) enttäuscht sieht und das migrantische, multiethnische, vielgeschlechtliche Gesicht der Arbeiterklasse der Zukunft trägt, auf dem – wie Marcel van der Linden 2017 sagte – all unsere verbliebene Hoffnung ruht.

Aktuell stehen wir vor einer Diskrepanz zwischen Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung: Die Arbeiterklasse ist multi- und transnational, zunehmend weiblich und in einem Prekarisierungsprozess begriffen, und diese Tendenzen werden unweigerlich zunehmen. Die Arbeiterbewegung hierzulande dagegen – und das gilt auch für die radikale Arbeiterbewegung – ist immer noch weiß, männlich und in weiten Teilen in ihren Sichtweisen und Handlungsperspektiven durch europäische Wertmuster und Strukturen geprägt. Wenn sich diese Diskrepanz nicht auflöst, behalten diejenigen linken Stimmen, die die Arbeiterbewegung als alte und überholte Tradition verstehen, letztlich recht. Das darf allerdings nicht dazu führen, quasi in Parallelität zu den Auswüchsen der Identitätspolitik (die Kastner und Susemichel beschreiben), die Arbeiter\*innen-Identitäten immer weiter auseinanderzuidividieren – in Prekäre, Soloselbstständige, migrantische Arbeiter\*innen, Reproduktionsarbeiter\*innen, Leiharbeiter\*innen, Werkverträger\*innen, Festangestellte, Angestellte, Betriebszugehörige, und so weiter. Auch wenn wir einen ersten Ansatzpunkt zum Handeln brauchen, der strategisch gewählt sein will – Vorschläge dazu sind

in den aktuellen Debatten beispielsweise die Felder Logistik, *care work* oder Stadtteilarbeit – sollte es um ein Proletariat als Ganzes gehen, auch wenn es immer als sehr ausdifferenziert und heterogen zu betrachten ist. Das betrifft insbesondere festangestellte, (über-)tariflich entlohnte Arbeiter\*innen in „sicheren“ Großbetrieben, die wir nicht in die sogenannte Mittelschicht abschieben dürfen. Im Gegenteil müssen der politisch und sozial wirkmächtige Begriff der „Mitte“, und mit ihm die „Entsorgung der Klassenfrage“ (Kraditzke), aufs Schärfste zurückgewiesen werden.

In diesem Sinne müssen wir uns – als aktivistischer Teil der organisierten arbeitenden Klasse – die berechtigte Frage gefallen lassen, wozu die Arbeiter\*innen „uns“ brauchen. Unterstützung von Arbeits- und Arbeiter\*innenkämpfen darf kein taktisches Mittel zum Zweck sein, in dem es nur darum geht, die Positionen und Ziele der eigenen Gruppe zu stärken. Es sollte ausschließlich um „die Entwicklung der wirklichen Bewegung“ gehen, wie es im Papier „Qualifizierte Vernetzung“ der Hamburger Gewerkschaftslinken steht. Ziele und Positionen sollten sich aus einer solchen wirklichen Bewegung entwickeln – aus der Praxis entsteht die Theorie.

Das heißt auch festzustellen, dass die Arbeiter\*innen vielleicht etwas ganz anderes benötigen, als wir anzubieten haben (zum Beispiel eben keine Worker Centers). Untersuchung und Recherche ist unumgänglich, wir brauchen mehr als das grobe Bild, das wir haben, nämlich einen Einblick in die Klassenzusammensetzung, die verschiedenste Interessen, Bedürfnisse und Handlungsmöglichkeiten einschließt.

[...]